

## Asia Bibi ist ein „klassischer Fall von politischem Asyl“

### Neue Jahrbücher ‚Religionsfreiheit 2018‘ und ‚Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018‘ vorgestellt

Ein Beitrag von Anna Lutz, pro Christliches Medienmagazin

Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), sieht im Fall Asia Bibi eine klare Möglichkeit für politisches Asyl in Deutschland. Das hat er bei der Vorstellung eines Jahrbuchs Religionsfreiheit am Dienstag in Berlin erklärt. Die Lage in Pakistan macht es offenbar schwer, die verfolgte Christin aus dem Land herauszubekommen.

Am Dienstag ist das Jahrbuch Religionsfreiheit, an dem auch die Deutsche Evangelische Allianz beteiligt ist, erschienen. Das Thema ist auch wegen der verfolgten Christin Asia Bibi, die derzeit in Pakistan festsitzt, hochaktuell, wie der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), bei der Vorstellung am Dienstag sagte. „Wenn Asia Bibi nach Deutschland will, ist das ein klassischer Fall von politischem Asyl und wir sollten sie hier aufnehmen“, erklärte er in Berlin.



### Schwer, an Bibi heranzukommen

Innerhalb der Unionsfraktion setzt sich der Stephanuskreis für Religionsfreiheit ein. Dessen Vorsitzender Heribert Hirte (CDU) erklärte, die deutsche Politik stehe im Kontakt mit dem pakistanischen Botschafter, warte aber noch auf dessen Rückmeldung zur Lage Bibis. Die Katholikin saß acht Jahre lang wegen angeblicher Gotteslästerung in der Todeszelle, wurde aber kürzlich freigesprochen. Seitdem protestieren radikale Muslime im Land. Bibi hält sich versteckt.

Tatsächlich sei die Lage vor Ort sehr heikel, sagte der Theologe und Menschenrechtsexperte Thomas Schirmmacher. Im Moment wisse niemand, wo Bibi sich aufhalte, nicht einmal ihr Anwalt, der sich mittlerweile in Frankfurt am Main befindet. Um aus Pakistan fliehen und eventuell nach Deutschland ausreisen zu können, müsste Bibi zunächst den Weg in die deutsche Botschaft finden. Es gebe Bedenken, dass radikale Kräfte die Einrichtung angreifen könnten, sollte sie dorthin gelangen. Aus dem Land heraus könne sie nur kommen, wenn die Regierung dem zustimme, sagte Schirmmacher. Derzeit wartet Bibi Medienberichten zufolge auf Ausreisepapiere.

## Fluchtursachen eindämmen – Religionsfreiheit garantieren

So wie ihr ergehe es vielen Christen in Pakistan. Viele dächten über eine Flucht nach, sagte Schirmmacher. Martin Lessenthin, Sprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, erklärte: „Dort, wo es Blasphemiegesetze gibt, werden Fluchtursachen geschaffen.“ Deshalb sei die deutsche Politik aufgerufen, in betroffenen Ländern Hilfe zu leisten, damit religiöser Extremismus nicht die Oberhand habe. Nur so könnten Verdrängung und Vertreibung verhindert werden. Denn Extremismus sorge letztlich auch dafür, dass mehr Flüchtlinge nach Deutschland kämen.



Grübel erklärte, die Verfolgung religiöser Menschen habe massiv zugenommen. Christen seien nach wie vor am stärksten betroffen. Ihre Religionsfreiheit werde einerseits durch staatliches Handeln eingeschränkt, etwa in China, und andererseits durch soziale Anfeindungen wie derzeit in Pakistan. Er ist sich sicher: „Religionen können den Unterschied zum Guten machen.“ Sie seien „unverzichtbar“, wenn es um Versöhnung gehe.

## Ein Kommentar von Thomas Schirmmacher

Kürzlich konnte ich mit einem Dutzend anderer Vertreter des Zentralrats Orientalischer Christen auf der Ehrentribüne die Bundestagsdebatte verfolgen, in der die AfD einen einseitigen verstärkten Einsatz für verfolgte Christen weltweit forderte und plötzlich auch die anderen Oppositionsparteien betonten, sie hätten sich immer schon auch für Christen eingesetzt. Zum Glück konnten die Regierungsparteien auf beides verweisen.



Wir haben jedenfalls mit unseren Jahrbüchern seit über einem Jahrzehnt immer schon beides geschafft: diskriminierte und verfolgte Christen in besonderer Weise in den Blick zu nehmen – rein quantitativ ist das schon gerechtfertigt – und gleichzeitig eine sehr laute Stimme für die Religionsfreiheit aller zu sein: großer Religionen, kleiner Religionen, bedrohter Völker und natürlich auch für nichtreligiöse Menschen und Atheisten. Denn jede noch so große und starke Religion wie der Islam, kann im nächsten Land schon eine unterdrückte Minderheit sein. Deswegen fühlen sich die Uiguren wie die Jeziden: obwohl die einen zu einer Weltreligion gehören, die aber kaum etwas für sie tut, und die anderen alten ethnisch und lokal bestimmten Religionen angehören, die niemanden sonst haben, wenn wir nicht für sie eintreten.

Wo die Freiheit des innersten Glaubens des Für-Wahr-Haltens verlorengeht, stehen auch viele andere Menschenrechte auf verlorenem Posten. Kann es Pressefreiheit geben, wenn man nicht sagen darf, was man glaubt? Kann man von Freiheit zur Wahl der Arbeit sprechen, wenn einem Teil der Bevölkerung staatliche Jobs verweigert werden? Kann es Wissenschaftsfreiheit geben, wenn nur ein Teil der Wissenschaftler laut denken darf?



### **Bibliografische Angaben:**

Thomas Schirmmacher, Max Klingberg und Martin Warnecke (Hg.). [Jahrbuch Verfolgung und Diskriminierung von Christen 2018](#). Studien zur Religionsfreiheit Bd. 31. Verlag für Kultur und Wissenschaft: Bonn, 2018. ISBN 978-3-86269-165-4. Pb. 440 S.

Thomas Schirmmacher, Max Klingberg und Martin Warnecke (Hg.). [Jahrbuch Religionsfreiheit 2018](#). Studien zur Religionsfreiheit Bd. 32. Verlag für Kultur und Wissenschaft: Bonn, 2018. ISBN 978-3-86269-166-1. Pb. 246 S.

Weitere Fotos [online ...](#)